

13.06.2007 - Modernisierung der Bodenfelder Strecke

13.06.07

hier: Änderungsantrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2007 zum Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.04.2007 (B 0062/2007) und Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 10.05.2007 (B0075/2007)

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag des Landkreises Göttingen fordert die niedersächsische Landesregierung auf, dafür zu sorgen, dass die zugesagte Modernisierung der Bodenfelder Bahnstrecke und die Sicherung aller Bahnübergänge an dieser Strecke zügig umgesetzt werden.

* Der Kreistag des Landkreises Göttingen bittet den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Herrn Wolfgang Tiefensee (SPD), dass die im Jahr 2006 erfolgten Verschärfungen der Förderungsbedingungen für die Bezuschussung des Ausbaus von Nahverkehrsstrecken nach § 8 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes rückgängig gemacht werden.

* Die vom Minister verfügte neue Querschnittsbelastung von mehr als 1.000 Fahrgästen/Werktag führt dazu, dass für den Ausbau der Bodenfelder Strecke eine Bereitstellung von Bundesmitteln nicht möglich wäre. Die Nachfrage beläuft sich derzeit auf etwa 400 Reisende trotz des Einsatzes neuer Fahrzeuge.

* Der Kreistag des Landkreises Göttingen bittet Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD), gemeinsam mit der Bundesregierung für eine Rücknahme der Kürzung der Regionalisierungsmittel in Höhe von 3,21 Mrd. € in den Jahren 2006 bis 2010 zu sorgen. Die angekündigte Verringerung um 500 Mio. € in den Jahren 2008 bis 2010 wird trotz einer Dynamisierung um 1,5 % ab 2009 abgelehnt.

* Die Landesregierung wird gebeten, das Anliegen beim Bund zu unterstützen.

* Die Landesregierung wird gebeten, im Falle der vom Bund angekündigten Rücknahme der Kürzung der Regionalisierungsmittel um 500 Mio. € den auf Niedersachsen entfallenden Betrag in Höhe von etwa 43 Mio. € auch für den Ausbau der Bodenfelder Strecke und der Sicherung der Bahnübergänge zu verwenden.

* Die Landesregierung wird für den Fall des Scheiterns dieser Initiative gebeten, eine Kompensation der fehlenden Regionalisierungsmittel durch Landesmittel vorzunehmen.

2. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, keine Reduzierung des Bahnverkehrsangebotes auf der Bodenfelder Strecke vorzunehmen.

Begründung

Die Landesregierung hat im Oktober 2004 bei einem Treffen mit Landrat Schermann mitgeteilt, dass in Verhandlungen mit der Landesnahverkehrsgesellschaft und der Deutschen Bahn AG vereinbart wurde, die Bodenfelder Strecke ab 2006 auszubauen. Damit könne die Streckengeschwindigkeit auf 80 km/h erhöht werden. Zugleich wurde die substantielle finanzielle Unterstützung des Landes für die Sicherung der Bahnübergänge Erbsen, Lödingsen und Emmenhausen zugesagt. Damit sei eine mehr als 10 Jahre dauernde Hängepartie beendet und endlich Klarheit geschaffen, verkündete der Landrat nach den Gesprächen in Hannover.

Der Kreistag hat sich seit 1994 mit Anträgen und Resolutionen für den Ausbau der Strecke und die Sicherung der Bahnübergänge eingesetzt. In den Kreisetat wurde im Vertrauen auf die Zusage des Landes ein Zuschuss für die Bahnübergänge in der Gemeinde Adelebsen eingestellt.

Es ist ein Vertrauensmissbrauch, dass die Zusagen nun nicht mehr gelten und der Ausbau auf unbestimmte Zeit verschoben wird.

Der Kreistag hält es angesichts der bedrohlichen Perspektiven, die bei der Klimadebatte offensichtlich geworden sind, für dringend erforderlich, dass mehr Menschen vom Auto auf die Bahn umsteigen. Dazu bedarf es aber eines attraktiven Angebots. Es gibt nunmehr zwar neue Dieselzüge auf der Strecke, die Eingleisigkeit besteht aber weiterhin und damit eine unnötig verlängerte Reisezeit.

Mit Bedauern müssen wir feststellen, dass auch die Sicherung der Bahnübergänge nicht vorangegangen ist.

Wir hoffen sehr, dass sich kein weiterer schrecklicher Unfall an den ungesicherten Bahnübergängen ereignet, bevor endlich die Schranken eingerichtet werden.

Der Kreistag protestiert ebenso gegen die angekündigte Ausdünnung des Zugangebots auf der Bodenfelder Strecke an den Wochenenden.

Auch die Verringerung des Nahverkehrsangebotes und damit eine verschlechterte Vertaktung tragen dazu bei, Kunden abzuschrecken.

Wir befürchten, dass Göttingen als ICE-Haltepunkt erneut in Frage gestellt werden könnte, wenn künftig die Umsteigemöglichkeiten reduziert werden und sich das Fahrgastaufkommen verringert.

Im Zuge einer verbesserten Einnahmesituation des Landes halten wir es für dringend erforderlich, dass das Land Niedersachsen - wie andere Bundesländer - Landesmittel zur Verbesserung des schienengebundenen Nahverkehrs einsetzt.